



Der sozialistische Traum, durch richtige Erziehung einen neuen Menschen zu schaffen, scheint langlebig zu sein.

SIMON TANNER / NZZ

# Wir sind nicht an allem schuld

*Nichts ist falsch an pflichtbewusstem Handeln. Nur landen derzeit zu viele schlechte Nachrichten auf den Schultern des Einzelnen. Wer da die persönliche Verantwortung nicht eingrenzt, wird handlungsunfähig. Gastkommentar von Toni Stadler*

Weil Schweizer Kaufleute in Britisch-Palästina Handel trieben, sind wir mitschuldig am Gaza-Krieg. Weil Entwicklungshilfe ihre Erwartungen nicht erfüllt hat, steigt die irreguläre Migration. Die schwierige Integration von Muslimen ist unser Fehler. Und die Ölheizung des Vermieters, der graue Öko-Fussabdruck meines Mobiliars, das Schwertfisch-Steak auf dem Teller machen mich zum Umwelt-Kriminellen. Nähmen Studenten an den mittleren Schulen wörtlich, was ihnen Lehrer an «life skills» eintrichtern, würden sie depressiv. Sich persönlich für jede Kalamität auf der Erde verantwortlich zeigen zu wollen, mag in manchen Kreisen «Engagement» genannt werden. Doch verantwortlich sein kann nur, wer erfolgversprechende Handlungsmöglichkeiten hat.

Eine gesunde Person ist für sich, die Familie und vielleicht noch nahe Freunde verantwortlich. Das ist unbestritten, taugt aber nur für den Nahbereich. «Menschen bessern die Welt durch eine achtsame Lebensweise», sagt der Zeitgeist, getragen von Pädagogen, Religionen, und zunehmend der Werbung.

## Delegierung und Kontrolle

Das kommt an, weil sich jede und jeder als verantwortlich, bedeutend und gut erleben will. Sucht man in den vergangenen 75 Jahren nach einem Beispiel dieses Wegs der Weltbesserung, findet sich kaum eines. Ein zweifellos sorgfältiger Umgang mit der Natur, die bessere Beachtung von Sozialrechten und Menschenrechten sind seit dem Zweiten Weltkrieg durch politische Prozesse und daraus resultierende Gesetze für alle verwirklicht worden. Aber der religiöse und sozialistische Traum, durch richtige Erziehung einen neuen Menschen zu schaffen, scheint langlebig.

Es ist richtig, Kinder und Erwachsene zum verantwortlichen Handeln zu ermuntern. Naiv ist der Glaube, allein damit die komplexe und widersprüchliche Menschheit zu verbessern. Wer etwa zu der Minderheit gehört, die nach dem Kyoto-Protokoll von

**Wenn alle kollektiv verantwortlich sind, fühlt sich niemand speziell verantwortlich.**

1997 auf fossilfrei umstellte, ist heute entweder frustriert oder wütend. Weil die nachfolgende Generation offenbar mit verkraftbarem schlechtem Gewissen weiterhin neue fossile SUV kauft. Regierungen, Rechtsordnungen und Aktiengesellschaften leben länger als Menschen. Geht es um dauerhafte nationale und globale Verbesserungen, sind Delegation und Kontrolle der Verantwortung unvermeidlich.

Ein funktionierender Staat nimmt den Einwohnern einen grossen Teil ihrer Verantwortung ab, von Sicherheit über Soziales bis zum Umweltschutz. Demokratische Staaten folgen dem Prinzip gegenseitiger Verantwortung: Bürgerinnen und Bürger wählen, wer für sie handeln soll. Via Rechtsprechung und Dienste liefern die Gewählten, was sie im Wahlkampf versprochen haben. Lösen Volksvertreter brennende Probleme nicht, liegt es in der Verantwortung der Wähler, sie abzusetzen. Hierin sollten Kontinentaleuropäer weniger nett zu ihren Gewählten sein.

Aussenpolitisch agiert der Staat in einer Schar von 200 Nationen, denen es weniger um Verantwortlichkeiten als um Interessen geht und wo «mea culpa» als Schwäche gilt. Das zeigt sich etwa in der Auslandshilfe: 2005 verabschiedete die OECD die «Paris declaration on aid effectiveness», mit «mutual accountability» von Gebern und Nehmern. Inzwischen – nach zwanzig Jahren Unterstützung in demokratischer Regierungsführung – werden viele Entwicklungsländer wieder militärisch regiert und lehnen sich an China und Russland an.

Das Verhältnis zwischen OECD-Staaten und Tieflohnländern ist heute so abgekühlt, dass niemand mehr von gegenseitiger Verantwortung reden will. Was die Ansicht unabhängiger Experten stützt: Nach 65 Jahren Unabhängigkeit muss die Verantwortung für die Art des Regierens, die Besteuerung der Rohstofffirmen und der lokalen Unternehmen, die Reduktion von Armut und Jugendarbeitslosigkeit an die Eliten der Entwicklungsländer übergehen. Verantwortlich für diesen Kurswechsel ist unser Parlament. Hin zu einer internationalen Zusammenarbeit von gleich zu gleich, begrenzt auf Katastrophen-Ein-

sätze, Klimawandel-Anpassung und rückzahlbare Darlehen zur Wirtschaftsförderung.

Die Schweiz, wirtschaftlich eine G-20-Nation, hat am ehesten internationalen Einfluss via ihre globalen Unternehmen – also: Investitionen in Niedriglohnländern tätigen und dort Arbeitsplätze schaffen. Global aktive Unternehmen sind der Ort, an dem junge Weltverbesserer sich verwirklichen können. Wenn Biochemiker, Ingenieurinnen, Banker, Facharbeiterinnen ihre Verantwortung am Arbeitsplatz wahrnehmen, bewirkt dies mehr als die Aktionen von Influencern und Demonstrantinnen. Seit 2004 verlangt der UN Global Compact von Grossfirmen, innerhalb ihres Einflussbereichs Verantwortung für soziale und ökologische Folgen des Outsourcing zu übernehmen. Sie sollen die Standards ihrer Hauptsitzländer bei sich und den Zulieferern freiwillig auch dort einhalten, wo lokale Gesetze dies nicht verlangen.

Für den korrupten Rechtsstaat, der bei Kinderarbeit oder Umweltschädigung für etwas Schweigegeld wegschaut, sind Private nur verantwortlich, wenn sie mitmachen. Verantwortlich für das Verbot von Kinderarbeit oder die Verkleinerung des CO<sub>2</sub>-Fussabdrucks sind die Regierungen des Gastlandes.

## Was ändert ein «mea culpa»?

Das neue Lieferkettengesetz der EU, eine Liste von Pflichten für EU-Staaten und deren Lieferketten mit keinerlei Erwartungen an die Partnerländer, ist aus Entwicklungssicht eine paternalistische Halblösung (man traut es «denen» nicht zu). Ex-Kolonien sind verantwortlich für korruptionsfreie Justizsysteme, damit geschädigte Bürger ohne Angst im eigenen Land klagen können, auch gegen ihre Regierung und gegen ausländische Firmen. Aktionäre und CEO sind verantwortlich, Partnerregierungen nicht daran zu hindern (und John Rawls' «Theorie der Gerechtigkeit» ernst zu nehmen). «Wir alle sind dafür verantwortlich, die Erderwärmung zu stoppen», heisst es an jeder COP-Konferenz. Wenn alle kollektiv verantwortlich sind, fühlt sich niemand speziell verantwortlich. «Gemeinsame Verantwortung» verwischt beim Klimaschutz die Verantwortlichkeiten.

Die Schuld für ungenügende Aktion wird umhergeschoben, von armen zu reichen Ländern, von Produzenten zu Konsumenten, von jungen zu alten Menschen. Wenn heute Klimaaktivisten sagen, die «alten weissen Männer und ihr Kapitalismus sind schuld», ist das unüberlegt. Methan und CO<sub>2</sub>, in die Luft entsorgt vor dem ersten Weltkrieg, haben sich seither selbst aufgelöst. Die Sowjetunion (gegründet 1922) und die unabhängig gewordenen Kolonien nutzten fossile Energie für ihre sozialistische Modernisierung ebenso intensiv wie der marktwirtschaftliche Westen.

Noch im grünen Kultbuch «Die Grenzen des Wachstums» von 1972 waren Treibhausgase kein Thema. Erst Anfang der 1990er Jahre wurde unabhängigen Forschern klar, dass es den Zusammenhang zwischen Fossilverbrennung und Klima gibt. Wer seither nichts dagegen getan hat (wohl eher die Frauen und Männer mittleren Alters in Jobs mit Einfluss), ist tatsächlich mitverantwortlich. Nur: Was ändert ein «mea culpa»? Wenn es um Klimaverantwortung geht, sind nicht alle Nationen gleich. Entwicklungsländer dürfen nicht über Netto Null (rund zwei Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Person) fossil wachsen. Industrieländer müssen auf Netto Null reduzieren. Auch nicht alle Industrieländer sind gleich: Die USA, die Golfstaaten, Australien, China müssen wesentlich mehr abbauen als etwa Westeuropa. Unsere Verantwortlichen für die Klimaussenpolitik sollten mit dem Tabu brechen, nie Kolleginnen einer anderen Regierung zu kritisieren. Nicht Sprüche zur gemeinsamen Verantwortung braucht es, sondern präzise Klimavorgaben, nach Nationen getrennt, die bis 2050 zu Netto-Null führen.

Für Kriege mitverantwortlich zu sein und jedem Notleidenden zu helfen, ist seit 1945 Teil der Identität Westeuropas. Es gibt keine selbstfinanzierte Organisation mit Sitz etwa in Tokyo, Dubai, Lagos oder Brasilia, welche eine regionale Verantwortung für die Folgen von Kriegen, Katastrophen oder scheiternden Staaten wahrnimmt. Die Idee von Europa als Hilfezentrum der ganzen Welt ist ein durch koloniale Schuld geprägter Anachronismus. Die drei blutigsten Kriege der Gegenwart – Sudan, Ukraine, Gaza – machen ratlos. Im Sudan kämpfen zwei Generäle um den Besitz des Staates. Der Angriff Russlands auf die Ukraine geschieht im Namen eines nostalgischen Imperialismus. In Gaza schlägt Israel ohne viel Rücksicht auf Verluste gegen die terroristischen Angreifer der Hamas zurück, was selbst seine Freunde sprachlos macht. Staaten ohne Flugzeugträger haben keinen Einfluss auf den Ausgang.

Solidarität mit einer Kriegspartei zu demonstrieren, ist schwierig geworden. Selbst der Fingerzeig auf vertraute Sündenböcke wie die «globale Rohstofflobby» oder die «kapitalistische Rüstungsindustrie» erklärt rein gar nichts. Betroffene schauen Wähler und Gewählte zu und können nichts tun. Unbegrenzt helfen zu können, entpuppt sich als Selbsttäuschung. Persönlich verantwortlich an den Kriegen anderer sind wir deswegen nicht.

Toni Stadler studierte Kolonialgeschichte und arbeitete u. a. beim IKRK, bei der Uno, bei UN Global Compact, bei EDA/Deza, in Asien, Nahost und Afrika.